D-02-013-3

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Ocean Renner (KV Nordfriesland)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 13 bis 23:

~~Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen unterschiedlicher Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in der Lage waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese Einigung bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu unterstützen. Auch wenn wir Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten kritisieren: Unsere Demokratie ist stark und muss dies durch ihre Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen. Das Vertrauen der Menschen in diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob die Herausforderungen angegangen werden. Wir wissen, dass wir Verantwortung für den Zusammenhalt im Land tragen.~~Bund und Landesregierungen haben unter diesem Hintergrund im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 6. November einen gemeinsamen Beschluss zur Migrationspolitik gefasst. Einige Punkte in dieser Einigung bieten eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu unterstützen. Jedoch enthält das Beschlusspapier auch zahlreiche Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten, die wir als Bündnisgrüne kritisieren und ablehnen. Diese erstgenannten indirekten Leistungskürzungen für Asylsuchende sind inhuman und diskriminierend. Auch Beschlüsse und Pläne, den Ausreisegewahrsam von 10 auf 28 Tage zu erhöhen, stellen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen dar. Die Herausforderungen, die die Migration mit sich bringt, werden durch eine zunehmende Anzahl an Verschärfungen nicht gelöst. Die Leidtragenden des aktuellen politischen Diskurses in der Migrationspolitik sind die Menschen, die in Deutschland und Europa Schutz vor Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut suchen. Dieser Diskursverschiebung nach rechts stellen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, uns klar entgegen. Ein Diskurs, in dem Asylsuchende mit Ausdrücken wie "irreguläre/illegale Migration" indirekt kriminalisiert werden, hat negative Auswirkungen auf den Umgang mit den betroffenen Menschen und erhöht die Gefahr für rassistische Diskriminierung. Und wenn damit begonnen wird, Schutzsuchende und Minderheiten (verbal) von der Gesellschaft auszuschließen, dann ist das am Ende eine Gefahr für freiheitliche Demokratie. Was es braucht ist Solidarität mit den Menschen, die fliehen. Und für uns ist klar: Unser Land kann diese Aufgabe meistern.

weitere Antragsteller*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte); Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Aeneas Niklas Marxen (KV Berlin-Reinickendorf); Jan Schmid (LV Berlin); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Cim Kartal (KV Bielefeld); Nelly Waldeck (KV Kiel); Nils Tellert (KV Kiel); Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.